Niederschrift

über die 6. Sitzung des Bauausschusses am Donnerstag, den 10.03.2011 um 16:00 Uhr in der Cafeteria des Museums der ehemaligen Fa. Wülfing.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Arnold Müller

Ratsmitglieder

Margot Grüterich
Olaf Jung
Ralf-Udo Krapp
Werner Nowara
Gerd Uellenberg

Sachkundige/r Bürger/in

Armin Barg	
Hans-Peter Fischer	
Ursula Schaub	von 18.20 Uhr - 19.45 Uhr
Rainer Weyer	
Rudi Willmann	

Beratende Mitglieder

Udo Schäfer	
Manfred Seiferth	bis 19.35 Uhr

Vertreter

Rolf Ebbinghaus	von 16.00 Uhr - 18.20 Uhr (Vertr. für Frau Schaub)
Dr. Jörg Rieger	(als Vertr. für Herrn Klee)
Rainer Röhlig	(Vertr. für Herrn Bleichert)

von der Verwaltung

Dr. Josef Korsten	(Bürgermeister) von 16.43 bis 19.20 Uhr
Julia Gottlieb	(Technische Dezernentin)
Ulrich Dippel	(FB Tiefbau)
Michael Faubel	(FB Gebäudewirtschaft)
Georg Fenske	(FB Finanzen)
Burkhard Klein	(FB Bauverwaltung)
Jürgen Manderla	(FB Tiefbau)
Norbert Petri	(FB Betriebshof)
Thomas Wuttke	(FB Gebäudewirtschaft)
Hürrem Eski	(Schriftführerin)

Gäste

Dipl.-Ing. Bernd Niedermeier	(Planungsgruppe MWM Aachen)
Dr.-Ing. Henry Rönitzsch	(ILB Dr. Rönitzsch GmbH)

Es fehlt: Calik, Halil

Außerdem sind Vertreter/innen von der Presse anwesend.

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Ortsbesichtigung 1. gewerbl. Einheit im 2. OG	
2.	Niederschrift über die 5. Sitzung des Bauausschusses am 24.11.2010 (öffentlicher Teil)	
3.	Bushaltestellen an der L 81 im Bereich Herbeck, Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2011	IV/0084/2011
4.	Konsequenzen des Schulschließungsbeschlusses Grundschule Blumenstraße, Antrag der AL-Fraktion vom 15.01.2011	IV/0096/2011
5.	Berichtswesen	IV/0103/2011
5.1.	mündlicher Sachstandsbericht zur Textilstadt Wülfing (Nr. 56)	
5.2.	Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung (Nr. 157)	IV/0085/2011
5.3.	mündlicher Sachstandsbericht zum Integrierten Handlungskonzept Innenstadt (Nr. 156)	
5.4.	Strassenausbau Dehnerhofstraße (Nr. 95)	BV/0153/2011
5.5.	Bau eines Ölabscheiders am Baubetriebshof (Nr. 108)	BV/0174/2011
5.6.	Fenstersanierung am Verwaltungsgebäude des Baubetriebshofes (Nr. 160)	BV/0166/2011
5.7.	Hallen-Dachsanierung am Baubetriebshof (Nr. 161)	BV/0165/2011
5.8.	Heizkesselerneuerung am Baubetriebshof (Nr. 162)	BV/0168/2011
5.9.	Sanierung Duschräume der Turnhalle Wupper (Nr. 163)	BV/0170/2011
5.10.	Heizkesselsanierung Gymnasium (Nr. 164)	BV/0132/2011
5.11.	Umbau der ehem. Schreiber-Halle am Baubetriebshof (Nr. 109)	BV/0171/2011
5.12.	Sanierung eines Teiles der Straßenbeleuchtung über das BMU-Förderprogramm LED (Nr. 159)	BV/0169/2011
5.13.	Ersatzbeschaffung Unimog Bj. 1997 (Nr. 166)	BV/0188/2011
5.14.	Erwerb Radlader Baujahr 2000 (Nr. 165)	BV/0189/2011
6.	Haushaltsplanberatungen 2011	BV/0195/2011
7.	Mitteilungen und Fragen	

(Nichtöffentlicher Teil)

8.	Niederschrift über die 5. Sitzung des Bauausschusses am 24.11.2010 (nichtöffentlicher Teil)	
9.	Berichtswesen	
9.1.	Betriebsführung Straßenbeleuchtung 2011 (Nr. 158)	BV/0163/2011
9.2.	Kanalsanierung Heisenbergstraße (Nr. 141)	IV/0077/2011
9.3.	Straßenunterhaltung 2009 (Nr. 133)	IV/0076/2011
9.4.	Erschließung Gewerbegebiet Ost 1 C - Albert-Einstein-Straße (Nr. 154)	IV/0079/2011
9.5.	Erschließung Loh'sche Weide 3. BA (Nr. 153)	IV/0078/2011
9.6.	Kanalsanierung 2008 - 2011 (Teilgebiet 5) (Nr. 124)	IV/0075/2011

10. Mitteilungen und Fragen

Vor Beginn der Sitzung besichtigen die Bauausschussmitglieder mit den Pressevertretern, Verwaltungsmitarbeitern sowie interessierten Bürgern die erste gewerbliche Einheit im 2. OG der ehem. Textilstadt Wülfing. Nach kurzen einleitenden Worten von Frau Gottlieb zur bisherigen baulichen Entwicklung erläutert sie den Anwesenden die baulichen Veränderungen der ehemals industriell genutzten Flächen des denkmalgeschützten Objektes. Es ist eine moderne Büroeinheit entstanden, die den künftigen Mietern aufgrund des einzigartigen Flairs ein besonderes Arbeitsambiente bietet. Ferner übergibt sie das Wort an den ersten Mieter der gewerblichen Büroeinheit, Herrn Karsten Krumrey, welcher, nach einer kurzen Vorstellung seiner Person, seine Beweggründe für die Anmietung der neuen Büroeinheit näher erläutert. Im Anschluss besichtigen die Anwesenden das Büro.

Im Anschluss an die Besichtigung begrüßt Herr Müller alle Anwesenden und heißt sie herzlich willkommen. Sodann eröffnet er die 6. Sitzung des Bauausschusses um 16.18 Uhr und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ferner erkundigt er sich danach, ob seitens der Fraktionen Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

Hierzu unterbereitet Herr Jung den Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.12 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln. Da hierzu seitens der Ausschussmitglieder keine Einwände bestehen, wird einvernehmlich der Vorschlag von Herrn Jung angenommen.

Hinsichtlich des Antrags der SPD-Fraktion vom 30.01.2011 weist Frau Grüterich darauf hin, dass dieser in der Einladung als Informationsvorlage und nicht als Beschlussvorlage erfasst worden ist. Hierzu berichtet Frau Gottlieb, dass aufgrund der technischen Umstellung des Rats-, Bürger- u. Amtsinformationssystems auf das neue Programm „Session“ die Registrierung des Antrags als Beschlussvorlage nicht möglich war. Auch wenn der Antrag als Informationsvorlage erfasst worden ist, kann der Ausschuss dennoch in der Sitzung darüber einen Beschluss fassen. Infolgedessen sieht sie die aktuelle Vorlageart als unkritisch an.

In Bezug auf den Antrag der AL-Fraktion vom 15.01.2011 sieht Frau Grüterich zum jetzigen Zeitpunkt keinen Beratungsbedarf, da die im Antrag angesprochenen Maßnahmen vielmehr das Haushaltsjahr 2013 betreffen. Demzufolge bittet sie den v. g. Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen. Herr Ebbinghaus erwidert, dass die im vorgenannten Antrag aufgeführten Problemfelder bis 2013 geklärt sein müssen. Demzufolge betrachtet er den Zeitpunkt der Antragstellung als angemessen.

Herr Willmann schließt sich als Sprecher der CDU-Fraktion dem Vorschlag von Frau Grüterich an.

Frau Gottlieb weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zuständigkeit beim Schulausschuss liegt, der Antrag bereits dort beraten wurde und sie demzufolge keine Notwendigkeit der weiteren Beratung im Bauausschuss erkennen kann.

Nunmehr lässt Herr Müller über den Vorschlag von Frau Grüterich, den Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung zu streichen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12-Ja Stimmen (CDU, FDP, SPD, UWG)
1-Nein Stimme (AL)

Somit ist der Tagesordnungspunkt mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt.

(Öffentlicher Teil)

2. Niederschrift über die 5. Sitzung des Bauausschusses am 24.11.2010 (öffentlicher Teil)

Der Bauausschuss nimmt die Niederschrift über die 5. Sitzung des Bauausschusses am 24.11.2010 zur Kenntnis.

3. Bushaltestellen an der L 81 im Bereich Herbeck, Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2011 IV/0084/2011

Als Sprecherin der SPD-Fraktion geht Frau Grüterich davon aus, dass jedem die Bushaltesituation an der L81 im Bereich Herbeck bekannt sein müsse. Die derzeitige Situation stuft Frau Grüterich als äußerst gefährlich für Kinder ein, da auf dieser Strecke immer öfter Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt werden. Die vorhandenen Bushaltestellen weisen enorme Defizite auf. Aus ihrer Sicht muss dort dringend Abhilfe geschaffen werden. Zudem sind aus Gründen der Unfallprävention die Bushaltestellen so herzurichten, dass die Fahrgäste gefahrlos auf den Bus warten können.

Herr Manderla teilt die Ausführungen von Frau Grüterich und sieht dort ebenfalls Handlungsbedarf. In diesem Zusammengang informiert er den Ausschuss darüber, dass die günstigste Ausbauvariante ca. 2.500 EUR pro Haltestelle kosten würde.

Herr Jung unterstützt ebenfalls die Darlegungen von Frau Grüterich und ergänzt, dass bedingt durch den Nachtrieb der Pflanzen außerdem das Sichtfeld der Verkehrsteilnehmer im Frühjahr / Sommer beeinträchtigt wird.

Eine weitere Problematik sieht Herr Ebbinghaus darin, dass dort auch kein ausreichender Fußweg für die Fußgänger vorhanden ist. Er schlägt vor, die Bushaltestelle Richtung Wuppertal näher an die Dahlhauser Straße zu verlegen.

Hinsichtlich der Anlegung eines Fußwegs weist Herr Manderla darauf hin, dass der verkehrssicherste Verlauf des Fußweges in Koordination mit dem Fachbereich Soziales und Ordnung hausintern bestimmt wird.

Nunmehr lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung die im Bereich Herbeck an der L 81 vorhandenen Bushaltestellen verkehrssicher herzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Berichtswesen IV/0103/2011

5.1. mündlicher Sachstandsbericht zur Textilstadt Wülfing (Nr. 56)

Im Nachgang zur Begehung berichtet Frau Gottlieb über den am 24.02.2011 stattgefundenen Besuch der Bezirksregierung Köln zu den Projekten „Handlungskonzept Innenstadt“ sowie „Wülfing“. Bei diesem Termin wurde mit den Vertretern der Bezirksregierung Köln die Innenstadt sowie die ehem. Textilstadt Wülfing genau in Augenschein genommen und die aktuellen Projektstände ausführlich vorgestellt. Das Einplanungsgespräch für die „Städtebau-

investitionen 2011“ zwischen der Bezirksregierung Köln und dem Ministerium ist für Ende März geplant.

5.2. Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung (Nr. 157) IV/0085/2011

Herr Klein berichtet, dass in der 4. Sitzung des Bauausschusses am 01.09.2010 Herr Dr. Rönitzsch einen Statusbericht zur gegenwärtigen Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Radevormwald und Handlungsempfehlungen für die Ausrichtung der zukünftigen Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung der Stadt Radevormwald vorgestellt hat. Auf Basis dieser Daten soll die Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung nun europaweit ausgeschrieben werden.

Ferner erinnert er an den Beschluss des Bauausschusses vom 24.11.2010, wonach die Verwaltung den Auftrag erhalten hat, auf der Grundlage der Analyse und des Statusberichtes des Ingenieurbüros ILB Dr. Rönitzsch GmbH vom 17.08.2010 zur gegenwärtigen Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung der darin enthaltenen Handlungsempfehlungen die zukünftige Betriebsbeleuchtung auszuschreiben. Weiter führt Herr Klein an, dass Dr. Rönitzsch demzufolge in der heutigen Sitzung den Vorentwurf des Leistungsverzeichnisses (LV) vorstellen und die Eckdaten näher erläutern wird.

Sodann erläutert Herr Dr. Rönitzsch anhand einer Präsentation detailliert die Ausgangsdaten, die zur Erstellung des LV erforderlich waren. (*die Präsentation kann in der Onlineversion der Niederschrift im Internet als Anlage 1 eingesehen werden)*.

Interessant ist hierbei laut Herrn Klein, dass mit den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 230.000 EUR nach dem LV künftig deutlich mehr Erneuerungen vorgenommen werden können. Hierfür werden im LV für die Erneuerungen der Straßenbeleuchtung, vergleichbar mit einem Rahmenvertrag, feste Preise mit dem künftigen Auftragnehmer vereinbart.

Im Anschluss beantworten sowohl Herr Klein als auch Dr. Rönitzsch die Fragen zum vorgestellten Leistungsverzeichnis sowie zum Verfahrensablauf.

Herr Ebbinghaus erkundigt sich danach, weshalb eine Vertragslaufzeit von 15 Jahren festgelegt worden ist. Hierzu berichtet Herr Klein, dass aus wirtschaftlicher Sicht der Gesamtauftrag günstiger ausfallen würde. Die lange Vertragsdauer ermöglicht den Unternehmen eine verlässliche Unternehmensplanung. Herr Rönitzsch ergänzt, dass aufgrund des vom künftigen Dienstleister geforderten Leistungsspektrums die Vertragsdauer keineswegs unter 10 Jahren liegen sollte. In der Regel bewegt sich in diesem Dienstleistungssektor die Vertragsdauer zwischen 10 bis 15 Jahren. Ferner führt er an, dass bei kürzeren Vertragslaufzeiten die Ausschreibungen öfter durchgeführt werden müssten, wodurch höhere Kosten entstehen.

Herr Klein geht auf eine Nachfrage ein und erklärt, dass aus wichtigem Grund (z. B. im Falle einer wiederholten Schlechtleistung) jederzeit ein Ausstieg aus dem Vertrag möglich ist. Die daraus entstehenden Mehrkosten werden dann über die Vertragserfüllungsbürgschaft gedeckt.

Herr Ebbinghaus hält eine Vertragslaufzeit von 10 Jahren für angemessen und bittet darum, den Vertrag entsprechend zu modifizieren.

Der Vorschlag von Herrn Ebbinghaus wird einvernehmlich angenommen.

Nunmehr lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, die Betriebsführung der Öffentlichen Straßenbeleuchtung auf der Grundlage des vorgestellten Leistungsverzeichnisses entsprechend den Vorgaben der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald für eine Laufzeit von 10 Jahren auszuschreiben und zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.12. Sanierung eines Teiles der Straßenbeleuchtung über das BMU-Förderprogramm LED (Nr. 159) BV/0169/2011

Frau Grüterich erkundigt sich danach, nach welchen Kriterien die Straßen ausgesucht wurden, in denen die vorhandenen Straßenleuchten im Falle einer Förderung durch den Einbau hocheffizienter LED-Straßenleuchten ausgetauscht werden sollen. Laut Herrn Klein wurden aufgrund der Vorgaben des Förderprogramms Straßenzüge ausgesucht, bei denen die Straßenleuchten derzeit noch mit Quecksilberdampf-Hochdrucklampen bestückt sind. Durch ihre geringe Lichtausbeute, ihre mäßige Farbwiedergabeeigenschaft und ihres hohen CO2-Ausstosses werden diese kaum noch eingesetzt, sind ab 2015 nicht mehr auf dem Markt erhältlich und es besteht zudem eine gesetzliche Notwendigkeit des Austauschs.

Auf Nachfrage von Herrn Jung erläutert Herr Dr. Rönitzsch die Lichtausbeute der auf dem Markt befindlichen LED-Straßenleuchten, die nach den Kriterien warmweiß, neutralweiß und kaltweiß aufgeteilt werden. Herr Klein unterstreicht, dass eine Förderung nur dann in Aussicht gestellt werden kann, wenn bei der Straßenbeleuchtung LED-Leuchten eingesetzt werden.

Nunmehr lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, im Falle eines Förderbescheides im Jahr 2011 die Umrüstung eines Teiles der vorhandenen Beleuchtung auf hocheffiziente LED-Technik in den in der Anlage aufgeführten Straßen in einer Gesamthöhe von maximal 64.000,-- € (Eigenanteil 38.400,-- €) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	12 (AL, CDU, SPD, UWG)
	Enthaltungen	1 (CDU)

5.3. mündlicher Sachstandsbericht zum Integrierten Handlungskonzept Innenstadt (Nr. 156)

Frau Gottlieb erläutert anhand einer Präsentation den Sachstand bzgl. des Citymanagements sowie Verfügungsfonds und übergibt anschließend das Wort an Herrn Niedermeier, der eine kurze Reflektion anhand einer Präsentation über die am 26.02.2011 erfolgreich stattgefundene Bürgerwerkstatt vorträgt (*die Präsentation kann in der Onlineversion der Niederschrift im Internet als Anlage 2 eingesehen werden)*. Er erläutert den Ausschussmitgliedern wie die Ergebnisse/Erkenntnisse im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden und stellt zum Schluss den weiteren inhaltlichen sowie zeitlichen Ablauf bis Ende des Jahres vor.

5.4. Straßenausbau Dehnerhofstraße (Nr. 95) BV/0153/2011

Herr Krapp ruft den schlechten Zustand der seinerzeit für die Fa. Dohrmann gelieferten Pflastersteine in der Dehnerhofstraße in Erinnerung und erkundigt sich danach, ob grund-

sätzlich vergaberechtlich die Möglichkeit besteht, eine bestimmte Firma, die in der Vergangenheit durch ihre schlechte Vertragserfüllung negativ aufgefallen ist, bei künftigen Ausschreibungen als ungeeignet auszuschließen.

Laut Herrn Dippel ist nach vergaberechtlichen Regelungen der Ausschluss eines bestimmten Bieters infolge schlechter Vorerfahrungen nicht möglich. Um dieses Problem jedoch zu umgehen, besteht die Möglichkeit, in den Ausschreibungsunterlagen einen bestimmten oder gleichwertigen Pflasterstein vorzugeben.

Herr Manderla merkt an, dass die Pflastersteine in der Hermannstraße sowie in der Rochollstraße seinerzeit ebenfalls von der gleichen Firma geliefert wurden. Diese hingegen weisen keinerlei Qualitätsmängel auf.

Zum Stand der Dehnerhofstraße berichtet Herr Dippel, dass diese gemäß dem aktuellen Straßenkataster die schlechteste Qualitätsstufe hat. Infolgedessen sollen die Fahrbahn, die Gehwege sowie die Oberflächenentwässerung neu ausgebaut werden.

Bei dieser Baumaßnahme handelt es sich um eine beitragspflichtige Maßnahme nach dem KAG. Herr Dippel erinnert daran, dass in der 1. Sitzung des Bauausschusses am 05.03.2008 die Ausbauvarianten vorgestellt wurden. Die Maßnahme wurde jedoch aufgrund der prekären Finanzlage auf das Haushaltsjahr 2011 verschoben.

Herr Ebbinghaus vertritt die Ansicht, dass unter städtebaulichen Aspekten betrachtet, die Variante 1 deutlich attraktiver erscheint. Entscheidend ist letztendlich jedoch, die künftige Höhe der Anliegerbeiträge bzw. die Belastung der Bürger.

Hierzu teilt Herr Klein mit, dass laut der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Radevormwald die Anliegerbeteiligung für die Fahrbahn bei 70% liegt. Aufgrund des hohen Anliegerbeteiligungssatzes sollen laut Herrn Ebbinghaus die Anwohner im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung befragt werden, welche Ausbauvariante sie bevorzugen würden.

Um die künftigen Erschließungsbeiträge für die Anwohner gering zu halten, wäre es laut Herrn Jung sinnvoll, bei der Ausbaumaßnahme auf die Aufpflasterung zu verzichten.

Auf Nachfrage von Herrn Krapp berichtet Herr Manderla, dass auch die Stadtwerke zur Bürgerinformationsveranstaltung eingeladen werden. Er unterstreicht jedoch, dass für den Projektstart die Verwaltung zunächst einmal ein politisches Votum benötigt. Außerdem merkt er an, dass jede weitere Projektverschiebung zwangsläufig zu einer Verteuerung der Maßnahme führen wird.

Herr Ebbinghaus appelliert auch an die CDU-Fraktion, darüber nachzudenken, den derzeitigen öffentlichen Anteil von 30% zu erhöhen. Dr. Korsten erwidert und unterstreicht, dass dies gegen die geltende Satzung verstoßen würde und somit von ihm zu beanstanden wäre. Ferner weist er darauf hin, dass die Entscheidungsbefugnis über die Festlegung des Eigenanteils der Stadt Radevormwald beim Hauptausschuss der Stadt Radevormwald liegt. Außerdem würde dieser Vorschlag auch bei der Kommunalaufsicht keine Zustimmung finden.

Herr Willmann unterstreicht, dass die auf dem Plan abgebildeten hinteren Aufpflasterungen dem ästhetischen Zweck dienen und diese demzufolge kein fester baulicher Bestandteil sind. Infolgedessen spricht auch er die Empfehlung aus, auf die Aufpflasterungen zu verzichten.

Herr Müller nimmt den Vorschlag von Herrn Willmann auf und lässt über folgenden modifizierten Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung nach Freigabe der Haushaltsmittel durch den Rat für die Variante 3 (ohne Aufpflasterungen) die weiteren Ingenieurleistungen auszuführen, die Maßnahme auszuschreiben, zu vergeben und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (CDU, FDP, SPD und UWG)
Nein-Stimmen 1 (AL)

5.5. Bau eines Ölabscheiders am Baubetriebshof (Nr. 108) BV/0174/2011

Vor Beginn der Beratung über den v. g. Tagesordnungspunkt stellt Herr Röhlig als Sprecher der FDP-Fraktion den mündlichen Antrag, zunächst einmal die Beratung der Tagesordnungspunkte

- 5.5 „Bau eines Ölabscheiders am Betriebshof“,
- 5.6 „Fenstersanierung am Verwaltungsgebäude des Betriebshofes“,
- 5.7 „Hallen-Dachsanierung am Betriebshof“,
- 5.8 „Heizkesselerneuerung am Betriebshof“ sowie
- 5.11 „Umbau der ehem. Schreiber-Halle am Betriebshof“

zurückzustellen und die v. g. Einzelmaßnahmen zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen.

Nach kurzer Diskussion lässt Herr Müller über den v. g. mündlichen Antrag der FPD-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 3- Ja Stimmen (AL, FDP)
10- Nein Stimmen (CDU, SPD, UWG)

Somit ist der mündliche Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Nunmehr wird mit der Beratung des Tagesordnungspunktes fortgefahren.

Herr Faubel berichtet, dass der vorhandene Ölabscheider nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entspricht und erneuerungsbedürftig ist. Weiter führt er an, dass sich die Gesamtsituation am städt. Betriebshof im Laufe des letzten Jahres durch die Nutzung der „ehem. Schreiberhalle“ verändert hat. Folgende wesentliche Veränderungen stehen noch an:

- Umbau der ehem. Schreiberhalle zur Wagenhalle,
- Abbruch der vorh. maroden Nebengebäude, Erstellung eines Unterstandes für Anhänger, Anlegen von Schüttgutboxen an gleicher Stelle
- Verlegung der Container für „Gelbe Säcke“ und „Grünabfall“ auf das Grundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite (Salzhalle)
- Verlegung des Waschplatzes der Fahrzeuge; künftig sollen die Fahrzeuge vor der neuen Wagenhalle gereinigt werden.

Die vorhandene Waschhalle erhält einen sep. Bodeneinlauf mit integriertem Ölabscheider. Bei dieser Maßnahme werden die vorhandenen Kanalleitungen im Bereich des alten Waschplatzes auf Funktionalität und Dichtheit geprüft und ggf. instand gesetzt.

Um die aktuelle Situation zu verdeutlichen, informiert Herr Petri den Ausschuss darüber, dass die Untere Wasserbehörde des Oberbergischen Kreises dem Betriebshof das Waschen von Fahrzeugen auf dem Gelände des Betriebshofes derzeit untersagt hat.

Herr Müller lässt über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	11 (AL, CDU, SPD, UWG)
	Nein-Stimmen	2 (FPD)

5.6. Fenstersanierung am Verwaltungsgebäude des Baubetriebshofes (Nr. 160) BV/0166/2011

Herr Faubel berichtet, dass die im Jahr 1973 eingebauten Alu-Fenster des Verwaltungsgebäudes vom Betriebshof mittlerweile überaltert sind. Sie sind z. B. thermisch nicht getrennt und aus energetischer Sicht unwirtschaftlich.

Herr Röhlig erkundigt sich danach, in wieweit dadurch eine deutliche Verbesserung der Isolierung erzielt werden kann, da es sich bei dem Verwaltungsgebäude um ein altes Gebäude handelt.

Herr Faubel weist darauf hin, dass es die finanzielle Situation der Stadt Radevormwald nicht immer zulässt, ein Optimum für jedes Gebäude (Gesamtpaket von Maßnahmen) umzusetzen.

Die geplanten Einzelmaßnahmen hält Frau Grüterich für „Flickschusterei“ und zieht demzufolge einen Neubau in Erwägung.

Aus Sicht des FB Finanzen erscheint laut Herrn Fenske der Vorschlag von Herrn Röhlig, alle Einzelmaßnahmen des Verwaltungsgebäudes des Betriebshofes einschl. einer bisher noch nicht vorgesehenen Wärmedämmung der Außenfassade zu einer Gesamtmaßnahme zusammenzuführen, am sinnvollsten. Somit könnten die v. g. Einzelmaßnahmen als ein Investitionsprojekt der Prioritätenliste zugeordnet werden. Weiter führt er an, dass, wenn die jetzige Vorgehensweise beibehalten wird, die Unterhaltungskosten in der Ergebnisrechnung als Aufwand den Haushalt belasten würden. Er unterstreicht, dass sich die umfassende Instandsetzung des Verwaltungsgebäudes als Investitionsprojekt positiv auf das Sachanlagevermögen der Stadt auswirkt, weil dadurch die Gebäudenutzungsdauer erhöht wird.

Herr Dr. Korsten unterbreitet daraufhin den Vorschlag, die diesbezügliche Entscheidung im Hauptausschuss zu fällen, um vorab mit dem Kämmerer die sinnvollste Form der Veranschlagung klären zu können.

Nichtsdestotrotz sollen für die einzelnen Maßnahmen die Vorratsbeschlüsse gefällt werden. Eine Entscheidung über die Ausführung der Wärmedämmung der Außenfassade und somit der Bildung eines Gesamtpakets wird auf den Hauptausschuss vertagt.

Nunmehr lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung hinsichtlich der Fenstersanierung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.7. Hallen-Dachsanierung am Baubetriebshof (Nr. 161) BV/0165/2011

Das aufgeschäumte Dach über der Werkstatt ist laut Herrn Faubel mittlerweile marode und undicht. Die vorhandenen Eternitplatten sind asbesthaltig, so dass aus Sicht der Verwaltung keine andere Alternative als eine neue Dacheindichtung besteht. Die neue Dachdeckung soll mit Trapezblech und einer Bitumeneindichtung erfolgen.

Da hierzu keine Wortmeldung zu verzeichnen ist, lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.8. Heizkesselerneuerung am Baubetriebshof (Nr. 162) BV/0168/2011

Herr Faubel berichtet, dass die 32 Jahre alte Heizungsanlage des Verwaltungsgebäudes des Betriebshofes unwirtschaftlich ist und nicht mehr dem Stand der Technik entspricht. Diese Maßnahme könnte mit dem von Herrn Röhlig angesprochenen Gesamtpaket verbunden werden.

Da hierzu ebenfalls keine Wortmeldung gewünscht war, lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.9. Sanierung Duschräume der Turnhalle Wupper (Nr. 163) BV/0170/2011

Auf Nachfrage von Herrn Röhlig berichtet Herr Wuttke, dass im vergangenen Jahr im Duschbereich der Herren die Folgen eines Wasserschadens behoben wurden. Insofern ist dieser Teil bereits saniert.

Sodann lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.10. Heizkesselsanierung Gymnasium (Nr. 164) BV/0132/2011

Laut Herrn Faubel sind im Rahmen der brandschutzrechtlichen Ertüchtigung des Objektes ca. 2 Mio. EUR verausgabt worden. Energetische Verbesserungen wurden jedoch bei dieser Baumaßnahme nicht durchgeführt. Deshalb muss der Heizkessel, der bereits über 20 Jahre alt ist, erneuert werden.

Nunmehr lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.11. Umbau der ehem. Schreiber-Halle am Baubetriebshof (Nr. 109) BV/0171/2011

Herr Faubel erläutert die geplanten baulichen Veränderungen an der ehem. Schreiber-Halle. Herr Röhlig findet, dass durch die Umbaumaßnahmen der Betriebshof „stückchenweise“ verändert wird. In Anbetracht der hierfür veranschlagten Mittel, vertritt er weiterhin den Standpunkt, dass die Erstellung eines Gesamtkonzeptes sinnvoller wäre.

Gemessen an der zu sanierenden Fläche und dem Volumen sind laut Herrn Faubel die veranschlagten Mittel eher gering bemessen. Zudem legt er einen Lageplan auf, der ein sinnvolles Konzept entsprechend der finanziellen Möglichkeiten widerspiegelt.

Sodann lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	11 (AL, CDU, SPD und UWG)
	Nein-Stimmen	2 (FDP)

5.13. Ersatzbeschaffung Unimog Bj. 1997 (Nr. 166) BV/0188/2011

Herr Petri berichtet, dass das Fahrzeug überwiegend im Winterdienst und in der Grünflächenpflege eingesetzt wird. Die Winterdiensteinsätze mit Schneepflug und Streuer werden bei konstant niedriger Geschwindigkeit und hoher Motorleistung durchgeführt. Die v. g. Fahrweise und auch der ständige Kontakt des Fahrzeugs mit Streusalz erhöhen den Verschleiß aller Fahrwerkskomponenten. Die Reparaturanfälligkeit des Fahrzeugs hat im vergangenen Jahr beträchtlich zugenommen, was an den verausgabten Reparaturkosten in Höhe von 8.795,-- EUR deutlich zu erkennen ist. Demzufolge ist die Anschaffung eines neuen Unimogs, Typ U 20 aus der kleinsten Baureihe von Unimog, geplant. Die kompakte Bauweise des Modells erleichtert bei gleicher Leistung die Arbeit in den engen Straßen der Wupperorte und der Innenstadt. Der preisliche Unterschied zu einem dem Altfahrzeug entsprechendem Unimog beträgt ca. 15.000 EUR.

Um sich ein Bild über den derzeitigen Fahrzeugzustand zu verschaffen, hat sich Herr Jung im Rahmen einer Ortsbesichtigung den Unimog eingehend angeschaut. Demnach ist für Herrn Jung die Notwendigkeit einer Ersatzbeschaffung nachvollziehbar. Um später ein sog. „Backupsystem“ für Notfälle zu haben, stellt Herr Jung den mündlichen Antrag, neben dem Unimog auch ein Schneeschild, welches auch universell an andere Fahrzeuge montiert werden kann, anzuschaffen und auf den Verkauf des alten Unimogs zu verzichten.

Auf Nachfrage von Herrn Barg berichtet Herr Petri, dass im Haushaltsansatz (für die Ersatzbeschaffung eines neuen Unimogs) der Verkaufserlös nicht enthalten ist.

Frau Schaub schließt sich dem Vorschlag von Herrn Jung an und hält die Beschaffung eines Schneeschildes für sinnvoll.

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Ersatzbeschaffung des Unimogs sowie eines Schneeschildes entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald auszuschreiben und die Vergabe durchzuführen. Zudem wird auf den Verkauf des alten Unimogs verzichtet.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	11 (AL, CDU, SPD und UWG)
	Nein-Stimmen	2 (FDP)

5.14. Erwerb Radlader Baujahr 2000 (Nr. 165) BV/0189/2011

Da hierzu keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Ersatzbeschaffung des Radladers entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald auszuschreiben und die Vergabe durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Haushaltsplanberatungen 2011 BV/0195/2011

a) Frau Gottlieb gibt bekannt, dass aufgrund neuer Erkenntnisse die Anschaffung eines neuen Friedhofsbaggers derzeit nicht erforderlich ist. Inzwischen hat sich ein Unternehmer gefunden, der den Friedhofsbagger eventuell reparieren kann. Die voraussichtlichen Reparaturkosten würden ca. 3.000 EUR betragen.

b) Ferner informiert Frau Gottlieb den Ausschuss darüber, dass die Verwaltung auch auf den für die Erstellung der Energiebedarfsausweise veranschlagten Haushaltsansatz verzichtet. Sie führt an, dass die Stadt Radevormwald der vom Gesetzgeber auferlegten Pflicht, für die städt. Gebäude – für die es wirtschaftlich erforderlich ist- Energiepässe erstellen zu lassen, nachgekommen ist. Diese wurden auf den Verbrauch basierend (sog. Verbrauchsausweise) erstellt. Es ist allerdings fachlich unumstritten, dass die Erstellung von Bedarfsausweisen sinnvoller und erkenntnisreicher wäre als die Verbrauchsausweise. Dieses sollte ursprünglich mit dem Haushaltsansatz erfolgen. Da jedoch derzeit ein Förderantrag auf Erstellung eines kommunalen Klimaschutzes erfolgt, welches mit 95% gefördert würde, soll das Ergebnis über den Förderzuschlag zunächst abgewartet werden. Daher wird in diesem Jahr auf den Haushaltsansatz verzichtet.

Sodann lässt Herr Müller über folgenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Annahme der in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Haushaltsansätze.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	10 (CDU, SPD, UWG)
	Nein-Stimmen	3 (AL, FDP)

7. Mitteilungen und Fragen

a) Laut Herrn Uellenberg rechtfertigt die kurze Besichtigung der gewerblichen Etage des Wülfingmuseums nicht die Vorverlegung des Sitzungsbeginns auf 16.00 Uhr. In diesem Zusammenhang weist er auf die Entscheidung des Hauptausschusses hin, wonach die Sitzungen grundsätzlich um 17.00 Uhr zu beginnen sind und diese nur in Ausnahmefällen vorverlegt werden dürfen. Frau Gottlieb nimmt dies zur Kenntnis und weist auf die Fülle der Tagesordnung hin, welche die Vorverlegung durchaus rechtfertigt.

b) Herr Klein überbringt die erfreuliche Nachricht, dass die Arbeiten an dem neuen Kolumbarium inzwischen abgeschlossen sind. Anhand von Fotoaufnahmen macht er auf den modernen Stil der „Indooranlage“ aufmerksam. Ferner weist Frau Gottlieb auf die besonders gelungene Pflasterfläche hin, welche durch die Mitarbeiter des Betriebshofes angelegt worden ist. Herr Klein berichtet zudem, dass auch die Pflanzarbeiten, die für die Anlegung eines Begräbniswaldes erforderlich waren, inzwischen abgeschlossen sind. Derzeit arbeitet die Verwaltung an der neuen Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung, um die neuen Bestattungsarten sowohl rechtlich in die Satzung aufzunehmen als auch hierfür entsprechende Gebührentatbestände festzulegen.

c) Auch Herr Krapp spricht Lob und Anerkennung für die Arbeit der Betriebshofmitarbeiter aus und führt an, dass das Resultat der Pflasterarbeiten auf dem Schlossmacherplatz auf ein hohes handwerkliches Geschick deuten.

Arnold Müller
Vorsitzender

Hürrem Eski
Schriftführer